



C/o Haus der Kulturen
Haus der Kulturen
Kölner Flüchtlingszentrum
Turmstr. 3-5 50733 Köln
Kontakt SprecherIn/IngenieurIn:
Proelss@koelner-fluechtlingsrat.de
Banu.Bambal@oegg.de

Antidiskriminierungsverband Deutschland
|advd|

|Hauptgeschäftsstelle|

Tempelhofer Ufer 21 | 10963 Berlin

Telefon: ++49-(0)30-61305328

Fax: ++49-(0)30-61304310

info@antidiskriminierung.org

www.antidiskriminierung.org

Berlin, Köln, 29.04.2010

PRESSEMITTEILUNG

Antidiskriminierung in NRW – Die zur Landtagswahl in NRW stehenden Parteien antworten auf Wahlprüfsteine

Der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) und das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung begrüßen es außerordentlich, dass alle zur Landtagswahl stehenden Parteien mit ihren Antworten auf unsere Wahlprüfsteine Stellung zum Diskriminierungsschutz in NRW bezogen haben. Wir stellen fest, dass Antidiskriminierung als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe anerkannt, bisweilen sogar als wichtiges politisches Handlungsfeld benannt wird. Leider vermissen wir in allen Stellungnahmen den Bezug zum menschenrechtlichen Kontext des Gleichbehandlungsgrundsatzes und rufen dazu auf, die Bedeutung des Staates und der politischen Parteien für die Um- und Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes nicht zu verkennen.

Der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) und das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung haben die Politik gefragt, wie sie eine Antidiskriminierungskultur in Nordrhein-Westfalen etablieren wollen.

Gibt es bei den Parteien für Nordrhein-Westfalen nachhaltige Konzepte, um von Diskriminierung Betroffene zu unterstützen? Was steht auf der politischen Agenda, um eine Kultur der Gleichbehandlung im Land zu fördern?

Zu diesem Zweck haben wir den demokratischen Landesparteien Wahlprüfsteine vorgelegt.

Bei den Antworten der Parteien fällt auf, dass bis auf eine Ausnahme (Die Linke) die Parteien keine Aussagen darüber getroffen haben, den in der sog. Antirassismusrichtlinie (RL 2000/43/EG) der EU ausdrücklich vorgesehenen Diskriminierungsschutz im privaten und öffentlichen Bildungswesen, welche in der jetzigen Form des AGG nicht richtlinienkonform umgesetzt wurde, nachzubessern. Aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik obliegt die Umsetzung der EU-Vorgaben im Bildungsbereich den Bundesländern. Bisher hat es Nordrhein-Westfalen versäumt entsprechende Regelungen in die Schul- und Hochschulgesetze aufzunehmen.

Zudem belegen die Repliken, dass die Themen Mainstreaming und positive Maßnahmen über das Thema Gender-Mainstreaming hinaus noch nicht hinreichend bei den Parteien diskutiert wird.

Schließlich überzeugen auch die Positionen bezüglich einer flächendeckenden Einrichtung von Beratungsstellen gegen Diskriminierung nicht. Seit Inkrafttreten des AGG ergibt sich ein erhöhter Bedarf nach Beratung und Unterstützung. Wenngleich NRW eine bundesweite Vorreiterrolle im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit einnimmt, kann hier von einer flächendeckenden Beratungsinfrastruktur für alle im AGG genannten Merkmalsgruppen nicht gesprochen werden. Diese ist jedoch notwendig, um ortsnahe und niedrigschwellig von Diskriminierung Betroffene unterstützen zu können.

Eine Synopse der Antworten nebst Bewertung und eine Gesamtübersicht entnehmen Sie bitte dem Anhang.

- Hartmut Reiners – Sprecher der Mitgliedsorganisationen im Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) in NRW, Tel.: 0203 28 48 73
- Banu Bambal – Sprecherin des „Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung“, Tel.: 0221 96 476 300